

## **Auszug aus dem substanziellen Protokoll 116. Ratssitzung vom 25. November 2020**

### **3245. 2019/64**

**Interpellation der FDP-, Grüne- und GLP-Fraktion vom 06.02.2019:**

**Zahlen zu den erleichterten Einbürgerungen von Ausländerinnen und Ausländern in der Stadt und zu den Personen, die die Anforderungen erfüllen sowie möglicher Handlungsbedarf zur Motivierung der anspruchsberechtigten Personen**

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 701 vom 21. August 2019).

***Përparim Avdili (FDP) nimmt Stellung:** Wir hätten uns gewünscht, dass die Antworten des Stadtrats mehr Stoff hergegeben hätten. In diesem Fall scheint das aber daran zu liegen, dass sich inhaltlich offensichtlich nicht viel verändert hat. Bisher trafen nur sehr wenige – vierzehn – Anträge auf erleichterte Einbürgerung ein, Stand Mitte 2019. In dieser Interpellation geht es explizit um die erleichterte Einbürgerung der dritten Generation und nicht um die erleichterte Einbürgerung für alle. Die vom Staatssekretariat für Migration publizierten Zahlen zeigten bereits 2019 auf, dass die erleichterte Einbürgerung offenbar nicht entsprechend wahrgenommen wird. Daraufhin reichten die FDP, die GLP und die Grünen und auch in Zusammenarbeit mit den Secundas Zürich die vorliegende Interpellation ein. Die Publikation war Auslöser der Interpellation, weil uns die Einbürgerung allgemein und vor allem von jungen Menschen, die hier geboren oder aufgewachsen sind, ein grosses Anliegen ist. Die Situation ist enttäuschend. Man erhoffte und versprach sich im damaligen Abstimmungskampf über die Gesetzesanpassung zur erleichterten Einbürgerung mehr. Die heutige Situation bestätigt die kritischen Stimmen von damals, die den Effekt aufgrund der Komplexität der Kriterien hinterfragten. Gleichzeitig ist die Situation auch eine gute Antwort auf all die Stimmen im damaligen Abstimmungskampf, die vor massiv steigenden Einbürgerungszahlen gewarnt hatten. Es stellt sich die Frage, warum die Zahl der erleichterten Einbürgerungen so tief ist. Nebst dem möglichst frühen Abholen der Jugendlichen während ihrer Identitätsfindungsphase, nennt der Stadtrat in seiner Antwort weitere Gründe, die verschiedentlich auch ausserhalb der Stadt als Hinderungsfaktoren genannt werden. Die Betrachtung dieser Hinderungsfaktoren ermöglicht den Blick auf das eigentliche Problem der Einbürgerungspolitik: die Bürokratie. Die Antragsteller müssen neben dem, dass sie hier auf die Welt kamen und logischerweise eine Niederlassungsbewilligung haben, einen Katalog an Anforderungen erfüllen, beziehungsweise Nachweise erbringen über die Echtheit der Zugehörigkeit zur sogenannten «Dritten Generation». So müssen die Eltern sowohl eine Mindestaufenthaltsdauer, als auch den Besuch der Schule in der Schweiz während mindestens fünf Jahren nachweisen können. Auch müssen Nachweise zu den Grosseltern und ihrem Aufenthalt in der Schweiz erbracht werden. Die einbürgerungshemmende Wirkung des*

*höchst komplizierten bürokratischen Prozesses ist nicht zu unterschätzen. Das gilt grundsätzlich für Einbürgerungen. Die tiefen Einbürgerungszahlen als fehlenden Willen zu interpretieren, ist schlicht eine falsche Interpretation. Sowohl Medien als auch gewisse politische Kreise argumentieren oft, dass man sich hier um etwas bemühe, was schlussendlich auf wenig Gegeninteresse stosse. Wir als Gesellschaft und damit auch die Politik haben ein klares Interesse daran, junge Menschen, die hier auf die Welt kamen oder sozialisiert wurden, möglichst früh abzuholen und ihnen damit die Frage nach der Identität zu erleichtern. Wir stehen in der Pflicht, weitere Massnahmen zu treffen und Hürden zu senken, die unberechtigterweise zu hoch sind. Davon profitiert auch die Öffentlichkeit. In TOP 25 fordern wir, dass die Einbürgerungsgebühren für Menschen unter 25 Jahren, die hier auf die Welt kamen oder sozialisiert wurden, von der Stadt erlassen werden. Eine solche Massnahme, die gesamtheitlich Hürden für junge Menschen abschafft, entlastet einerseits jungen Menschen finanziell und zeigt ihnen andererseits, dass sie zu unserer Stadt dazugehören. Es ist daher zu begrüssen, dass der Stadtrat sich weiter für dieses Anliegen engagieren will, wie beispielsweise auch mit dem Brief an einbürgerungsberechtigte Personen. Ich wünsche mir weitere Bemühungen von uns allen, der Öffentlichkeit in der Rolle als Politik, von unseren Institutionen, selbstverständlich aber auch von den betroffenen Personen innerhalb des gesetzlich möglichen Rahmens. Wir müssen uns Gedanken machen, wie wir die Einbürgerungspolitik so weiterentwickeln können, dass vor allem die Menschen abgeholt werden können, die ohnehin hier zuhause sind.*

Weitere Wortmeldungen:

**Marco Geissbühler (SP):** *Die Antworten des Stadtrats zeigen für uns vor allem, wie absurd hoch die Hürden für eine Einbürgerung in der Schweiz sind. Përparim Avdili (FDP) sprach bereits von der absurden Bürokratie. Es gilt heute als erleichterte Einbürgerung, wenn Menschen eingebürgert werden, die Belege aus verschiedenen Archiven und Registern zusammentragen können, um zu beweisen, dass sie hier geboren wurden, wie bereits ihre Eltern auch hier in die Schule gingen, und ihre Grosseltern bereits in der Schweiz lebten. Es ist tragisch, dass ein solch absurd aufwendiges Prozedere tatsächlich in gewissen Regionen der Schweiz eine Erleichterung darstellen soll. Selbst für diese Erleichterung musste die SP gemeinsam mit anderen fortschrittlichen Parteien lange und hart kämpfen. Wir alle hier drin kennen Menschen, die Kinder oder Grosskinder von Migrant\*innen sind, hier aufwachsen und gleich wie wir schweizerdeutsch sprechen. Diese Menschen müssen ein demütigendes Prozedere über sich ergehen lassen, um ein Papier zu erhalten, das ihnen bestätigt, Teil der Gesellschaft zu sein. Viele möchten ein solches Prozedere nicht mitmachen. Diese Menschen sind Teil der Gesellschaft – nur die offizielle Schweiz möchte sie nicht anerkennen. Es gibt einen riesigen Graben zwischen der Migrationspolitik, die eine Mehrheit im Bundeshaus macht, und den Lebensrealitäten der Menschen in unserem Land. Zum Glück haben die Kantone Möglichkeiten, auf einen Teil der absurden Auflagen zu verzichten und zum Glück macht der Kanton Zürich von diesen Möglichkeiten Gebrauch. Wir danken dem Stadtrat für seine Anstren-*

gungen, damit alle Menschen am Leben in unserer Stadt teilhaben können. Zum Beispiel, indem der Stadtrat die Informationen zum Einbürgerungsverfahren möglichst niederschwellig zugänglich macht, indem er sich für ein Ausländerwahlrecht stark macht, oder indem er visionäre Projekte wie die Züri City Card ermöglicht. Wir unterstützen den Stadtrat voll und ganz, auch in Zukunft mutig und kreativ nach Wegen zu suchen, um die Teilhabe aller Menschen am Leben in dieser Stadt weiter zu verbessern. Wir können heute Abend einen Schritt in die richtige Richtung machen, indem wir der Motion von Përparim Avdili (FDP) und Nadja Huberson (SP) zustimmen, die städtischen Gebühren für die Einbürgerungen von jungen Erwachsenen abzuschaffen.

**Marcel Bührig (Grüne):** Wir führten jahrelang schwere Kämpfe für die Änderung der erleichterten Einbürgerung für die dritte Generation Ausländerinnen und Ausländern. Das Resultat ist ein derart kompliziertes System, mit dem die Zahlen der Einbürgerung nach dem neuen Prinzip teilweise einstellig blieben. In der Schweizer Migrationspolitik wird Fortschritt offensichtlich in sehr kleinen Schritten erreicht. Wenn wir so weitermachen, erreichen wir im Jahr 2120 eine fortschrittliche Migrations- und Einbürgerungspolitik. Wir behindern unsere eigene Demokratie, indem wir derart komplizierte und unnötige Regeln zum Thema Einbürgerung aufstellen. So verhindern wir, dass Menschen, die das Recht und wahrscheinlich Interesse hätten, sich an unserem demokratischen System zu beteiligen, teilnehmen können. Mit einem derart bürokratischen System, vergeht eigentlich jedem die Lust, sich einbürgern zu lassen. Der Vorwurf geht aber nicht an die Stadt und den Kanton, sondern an das nationale Parlament. Das nationale Parlament nimmt die Lebensrealität der Menschen nicht wahr und stellt teilweise völlig unsinnige Anforderungen, die schwer nachzuweisen und zu beschaffen sind. Das Ziel wäre eine einfache, simple Einbürgerungspolitik, die klare Regeln aufstellt, die einheitlich und klar umgesetzt werden, ohne dass man dafür in Archive steigen muss. Das würde den ganzen Einbürgerungsprozess beschleunigen. Es ist wichtig, dass die Stadtregierung Menschen, die die Voraussetzungen erfüllen, aktiv informiert. Oft ist Information oder ein Informationsdefizit entscheidend, ob Menschen vermehrt an unserer Demokratie teilhaben können. Je mehr Menschen, die in diesem Land etwas bewegen, Steuern zahlen, täglich arbeiten und sich für die Gesellschaft einsetzen, am Schluss mitbestimmen, umso besser werden die Entscheide der Demokratie, weil sie innerhalb der Bevölkerung breiter abgestützt sind. Dieses Ziel sollten wir gemeinsam verfolgen.

**Isabel Garcia (GLP):** Ausgerechnet bei der erleichterten Einbürgerung wird absurderweise alles so kompliziert gemacht, dass uns die Zielgruppe fast nicht mehr versteht und sich deshalb kaum einbürgern lässt, obwohl das neue Verfahren mit grossem Aufwand über Jahrzehnte hinweg erkämpft wurde. Gleichzeitig beschäftigen wir die Verwaltungen auf allen Ebenen mit Formularen und Dokumenten. Es ist absolut denkwürdig, was alles eingereicht werden muss. Es geht hier um junge Erwachsene oder allgemein Personen, die gerne zur Schweiz dazugehören wollen, die eine definierte Zeit in der Schweiz wohnhaft waren und gewisse Voraussetzungen erfüllen. Es stellt niemand in Frage, dass man ein Minimum an Integration und Zugehörigkeit nachweisen können muss. Die betroffenen Personen könnten das problemlos nachweisen. Wir verlangen aber ein ewig langes

*bürokratisches Prozedere, das auch mit Kosten verbunden ist – sowohl für die betroffenen Personen, als auch für das Staatswesen. Das ist sehr unbefriedigend. Positiv zu nennen ist, dass sich STP Corine Mauch die Personen, die die bekanntlich hohen Voraussetzungen für die Staatsbürgerschaft erfüllen, immer wieder auf ihr Recht aufmerksam macht und sie explizit einlädt, sich einbürgern zu lassen. Die Schweiz ist eine Willensnation und es gäbe sie nicht, wenn vor vielen Jahrhunderten Menschen nicht zusammengestanden wären im freien Willen, Wunsch und Absicht, ein Staatswesen zu gründen. Kaum ein Staat kennt einen solchen Gründungsgedanken, der bis heute zentral ist. Bürgern wir also im Sinne der Willensnation jene ein, die den Willen äussern, dazu zu gehören, Pflichten zu übernehmen, sich zu engagieren.*

**Samuel Balsiger (SVP):** *Als Përparim Avdili (FDP) die Antwort des Stadtrats vorstellte, wirkte es, als ob es in Zürich praktisch keine Einbürgerungen gäbe. Seit 1993 wurden aber über 70 000 Menschen in der Stadt eingebürgert. Sie erwarten von mir vermutlich eine negative Bewertung dieser Tatsache. Ich sehe die hohe Einbürgerungszahl aber positiv, weil ich keine Angst vor der Schweiz als Willensnation habe. Die Linken denken, dass die Eingebürgerten und die Secondos ihre Wählerbasis der Zukunft darstellen, mit denen sie aus dem Vollen schöpfen und ihre sozialistischen Vorstellungen auch im bürgerlichen Land Schweiz durchsetzen können. Ich bin aber überzeugt, dass die Eingebürgerten und Secondos Ihnen nicht folgen werden. Wer aus ärmeren Ländern kommt, strebt nach Materialismus und Besitz, einem Parkplatz für das Auto und einer Eigentumswohnung. Diese Dinge passen Ihnen aber nicht. Sie erlebten Jahrzehnte voller Wohlstand und glauben nun, Sie bräuchten keinen Wohlstand mehr. Sie glauben, dass Sie mit Gefühl und komischen Ideen Ihr Glück finden werden. Secondos und Eingebürgerte haben aber andere Auffassungen von Glück und vom Leben und Familie und Eigentum. Die Wahlen in den USA zeigten, dass in Florida 55 Prozent der Latinos republikanisch wählten. Berechnungen zeigen, dass in Zukunft niemand mehr Präsident der USA wird, wenn er nicht auch die Latinos abholen kann. Die Willensnation gilt in der Schweiz und auch in den USA und wir von der SVP müssen keine Angst vor Einbürgerungen und Secondos aus der zweiten oder dritten Generation haben. Diese Personen stellen ganz im Gegenteil ein Reservoir an Wählern dar. Obwohl wir eine harte Einwanderungspolitik führen, steht die SVP an zweiter Stelle bei den Eingebürgerten. Bei Umfragen schneidet die SVP immer schlechter ab als Wahlergebnissen, weil sich die Menschen durch die Medienhetze nicht mehr trauen, zu sagen, dass sie SVP wählen. Ich habe keine Angst vor einer Zukunft mit mehr Eingebürgerten und mehr Secondos aus der Zweit- oder Drittgeneration, weil ich weiss, dass die Menschen inhaltlich auf unserer Seite stehen. Sobald die SVP den Schritt in die Zukunft macht und diese Menschen abholt, werden wir starke Wählerschichten ansprechen können. Wenn der Patriotismus wieder stärker in den Vordergrund tritt, kann man die Menschen auf die rechte Seite drehen. Die USA macht es vor: Patriotismus muss an erster Stelle stehen, weil eine Willensnation sich nicht über Blut, sondern über den Willen definiert.*

**Roger Bartholdi (SVP):** *Die Antwort des Stadtrats zeigt deutlich auf, dass die erleich-*

5 / 5

*terte Einbürgerung ein Rohrkrepierer ist. Die SVP kämpfte jahrelang gegen die erleichterte Einbürgerung. Wir sprechen uns nicht grundsätzlich gegen Einbürgerungen aus, aber wir stehen nicht für eine Vereinfachung ein. Sie möchten die Einbürgerung am liebsten kostenfrei machen und mit Anreizen versehen, damit sich Menschen einbürgern lassen. Wer sich einbürgern will, kann sich einbürgern. Es muss aber ein Wille vorhanden sein und man muss die Sprache können und die Kultur akzeptieren. Hat man einen starken Willen, ist man auch bereit, die Hürden zu nehmen. Wer das nicht will, soll nicht gezwungen werden, sich einzubürgern. Wer eingebürgert ist, stimmt ab und kann sich selbst zur Wahl stellen. Um seine Rechte und Pflichten als Schweizer wahrnehmen zu können, muss man entsprechende Anforderungen erfüllen können. Für die SVP steht die Einbürgerung nicht am Anfang des Integrationsprozesses, sondern am Ende. Dann soll man auch mitbestimmen können. Es hat sich aber gezeigt, dass Sie jahrelang für etwas gekämpft haben, das nichts bringt.*

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

**STP Corine Mauch:** *Auch der Stadtrat erachtet es als problematisch, dass erleichterte Einbürgerungen wesentlich weniger häufig als erhofft eingereicht werden. Wir stellen fest, dass viele Angehörige der dritten Ausländergeneration dem ordentlichen Verfahren den Vorzug geben. Das entspricht aber nicht dem Sinn und Zweck. Der Stadtrat erachtet es als zielführend, wenn sämtliche Ausländerinnen und Ausländer, die die formellen Voraussetzungen erfüllen, über die Möglichkeiten und Bedingungen der Einbürgerung informiert werden. 2017 wurden die betreffenden Personen das erste Mal mit einem Schreiben informiert. Das Schreiben wurde vom «Immigration Policy Lab» von der ETH Zürich evaluiert und es zeigte sich, dass ein solches Informationsschreiben die Motivation, eine Einbürgerungsgesuch zu stellen, kurzfristig stark erhöht – nahezu verdoppelt. Die Schreiben haben über die Informationswirkung hinaus eine Wirkung im Sinne einer Motivation und dem Entgegenbringen von Wertschätzung. Die Mitbürgerinnen und Mitbürger mit dem Schweizer Pass willkommen zu heissen, ist für mich ein wichtiger Aspekt und Grund, weshalb wir das Schreiben auch in Zukunft regelmässig versenden möchten.*

Das Geschäft ist nach erfolgter Diskussion erledigt.

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat